

Neues Deutschland

Sozialistische Tageszeitung

Beilage zum 21. August 2008

www.neues-deutschland.de

Prag 1968 – Почему?

Von Lothar Bisky

Der »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« faszinierte insbesondere die Generation, die – nach der skeptischen im Westen und der Aufbaugeneration im Osten – die Nachkriegsgeschichte hautnah erlebte. Um so größer war der Schock im August 1968. Zum Zeitpunkt der Prager Ereignisse setzte ich bereits neun Jahre zuvor, 18-jährig, aus der Bundesrepublik in die DDR übergesiedelt war. Wie viele andere hielt ich den »Prager Frühling«, den geöffneten Underground zwischen Literatur und Popmusik und die Demokratisierung von innen für dringend notwendig – für den Osten wie den Westen. Auf die Frage, warum es nun zum militärischen Eingriff der Staaten des Warschauer Vertrages gekommen war, gab es keine befriedigenden Antworten. Erst viel später notierte ich: »Mit meinen Kolleginnen und Kollegen am Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig diskutierte ich Konsequenzen – und wählte die, aus heutiger Sicht, problematischere Alternative: Ich stürzte mich in die wissenschaftliche Arbeit. Das war eindeutig falsch.«

Die Crux aller biografischen Bilanzen und historischen Kommentare liegt in der unscheinbaren Einfügung »aus heutiger Sicht«. Hinterher weiß man es immer besser, belehrt sich selbst und andere über die Ursachen und Wirkungen von Geschichte. Mein ursprünglicher Entwurf für eine Rede auf dem 2. Kongress der Europäischen Linken in Prag 2007 begann beispielsweise mit den Worten: »Nach 1968 berührte Prag 1989 ein zweites Mal offene Fragen linker Bewegungen. Menschen aus der DDR suchten die Ausreise in der Prager Botschaft. Was viele bürgerliche Medien als Schlussakkord des Sozialismus in Europa feierten, war das folgerichtige Begräbnis eines linken Wahrheitsmonopols. Die Hoffnungen auf eine demokratisch-sozialistische Perspektive lebten weiter. 18 Jahre später tagt die junge Partei der Europäischen Linken in Prag. Wir sind Mitglieder aus 16 Ländern, kommen von 29 Parteien. Dass wir hier mit tschechischen demokratischen Sozialisten, mit Genossinnen und Genossen der Kommunistischen Partei Böhmen und Mähren tagen, zeigt, dass Pluralität die Grundvoraussetzung linker Politik im 21. Jahrhundert geworden ist.« Als ich dann ans Rednerpult trat, entschied ich mich, ausschließlich mit dem letzten Satz zu beginnen. Ich empfand, dass wir die offenen Fragen von Prag 1968 – vor Ort – besser gemeinsam behandeln sollten. Schlagartig war mir bewusst geworden, dass die Reformbemühungen vor und auch nach 1968 nicht in solcher Kürze zu würdigen sind. Dem »Prager Frühling« folgte die »Charta 77«, folgten Solidarnosc und Perestrojka.

Wurde mit der gewaltsamen Erdrosselung des »Prager Frühlings« bereits das historische Urteil über die innere Reformkraft des Nachkriegssozialismus gefällt? Der Einmarsch der Truppen der Warschauer Vertragsstaaten war noch kein Anfang vom Ende, obwohl er zu Recht als politische und kulturelle Katastrophe, von nicht wenigen aber auch mit verhaltenem Verständnis erlebt wurde. Es wäre angesichts der großen Tragödie nicht verwunderlich gewesen, wenn die »Samtene Revolution« 1989 das Wahrheitsmonopol der Partei durch einen neuen Prager Fenstersturz entsorgt hätte. Doch immerhin – dies wird bis heute unterschätzt – verlief das Ende des Staatssozialismus in Ost- und Mitteleuropa weitgehend friedlich. Indes waren die Erschütterungen umso größer.

Nicht nur die 68er Jubiläen fordern eine Aufarbeitung. Die west- und osteuropäische Nachkriegsgeschichte erlebte viele, schwierige Berührungen, die rund um den Globus reichten. Vietnam, Chile, Afghanistan – ja, es gab bei vielen so etwas wie ein Systemvertrauen in Imperien. Sie verfolgten ihre eigenen Interessen, ob man das wahrhaben wollte oder nicht. Gesehen haben wir diese, durch die Brille des Kalten Krieges, oft nur beim politischen Gegner. Das Ende der Blockkonfrontation hat den Schleier zerrissen. Trotzdem bin ich – auch in den eigenen Reihen – missverstanden worden, als ich vor zwei Jahren sprach, dass wir die Systemfrage auf der Basis einer demokratischen, weltoffenen Verfassung stellen. Es ging mir nicht um jene historisch überholte Frage, zwischen Freiheit oder Sozialismus zu entscheiden, sondern es ging und geht mir um die Verknüpfung von demokratischer und sozialer Gerechtigkeit.

Das Jahr 1968 ist der Beleg, dass es nicht nur im Osten einen enormen Reformdruck gab. Zwar wurden damals in Ost und West unterschiedliche und im Konkreten schwer vergleichbare gesellschaftliche Auseinandersetzungen geführt, doch heute wie damals standen und stehen grundlegende Menschheitsfragen im Zentrum: die Freiheit der Einzelnen, eine Aussöhnung menschlicher Produktivität mit der Natur, ein Leben in Frieden und Solidarität. Globale Gerechtigkeit beginnt vor der eigenen Haustür. Sie braucht das Verstehen von Geschichte und das Wissen um und den Respekt vor kultureller Vielfalt. Linke Politik will überzeugen, dass es eine demokratische Alternative zu einem Europa, zu einer Welt als Freihandelszone, zu Menschen als Kostenfaktoren gibt.

Der »Prager Frühling« erstrebte Offenheit und Pluralität. Darum immer neu zu kämpfen, dürfte die wichtigste Lehre aus seinem gewaltsamen Ende sein.

Das in kyrillischen Buchstaben geschriebene Wort in der Überschrift – gesprochen: patschimú – bedeutet: Warum?

Foto aus: Josef Koudelka, »Invasion – Prag 1968«, Verlag Schirmer/Mosel

Prag '68: War die Intervention des Warschauer Paktes notwendig?

Ohne Alternative

Von Klaus Kukuk

Eine Fragestellung mit solcher Tragweite verlangt Antworten für die hauptsächlichsten Gründe der Intervention:

- Die Fokussierung der psychologischen Kriegführung durch den Westen auf die Aushöhlung der Bündnisverpflichtungen der CSSR gegenüber ihren sozialistischen Partnern mit dem Ziel, die CSSR aus dem Warschauer Vertrag herauszulösen.
- Die Gefährdung der Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft der CSSR durch eine Wirtschaftsreform, deren inzwischen eingeräumtes Ziel kein »Sozialismus mit menschlichem Antlitz«, sondern die Restauration des Kapitalismus war.
- Die anvisierten, verdeckt konzipierten, staatsrechtlichen Veränderungen, an deren Ende eine bürgerlich-parlamentarische Demokratie stehen sollte.
- Die zunehmend militanten Aktivitäten der inländischen antiozialistischen und insbesondere antisowjetisch ausgerichteten Opposition und ihre Ausstrahlung auf die Nachbarländer.

Wie soll man diese Sachverhalte, deren Wahrheitsgehalt längst bewiesen ist, anders bezeichnen denn als konterrevolutionäre Situation, die sich im Laufe des Jahres 1968 herausgebildet und zugespitzt hat? Die politischen Entwicklungen in der CSSR berührten von Anfang an existenzielle Interessen aller sozialistischen Bündnispartner und bargen unabsehbare Folgen für das internationale Kräfteverhältnis in Europa und der Welt in sich. Bisher nicht zugängliche historische Quellen tragen erheblich zur Aufklärung der politischen Zusammenhänge in der CSSR bei, weil sie in 40 Jahren tradierte Mythen und Legenden über 1968 entzaubern und ihre Erfinder wie ihre Protagonisten entlarven.

Die multi- und bilateralen Verhandlungen der sozialistischen Bündnispartner im Jahre 1968 (Dresden, Warschau, Cierna nad Tisou, Bratislava und Karlovy Vary) wurden in kapitalistischen Medien als »Tribunale« über den tschechoslowakischen Reformprozess stigmatisiert. Die nun im Wortlaut vorliegenden Quellen belegen jedoch ausnahmslos: Die Treffen waren solidarische Angebote der Verbündeten. Der sogenannte Erneuerungsprozess in der CSSR war in keiner der angeführten Treffen Gegenstand der Verhandlungen. Die ausdrückliche Bitte Walter Ulbrichts an Alexander Dubcek in Dresden, die Vorstellungen der KPTsch über ihre Vorhaben darzulegen, wurde von ihm nicht ansatzweise genutzt, um die Verbündeten zu informieren und um deren Verständnis zu werben. An der Lösung der gemeinsamen Aufgabe, dem imperialistischen Gegner die Einflussnahme zu verwehren und sich mit den feindlichen Kräften im Lande politisch auseinanderzusetzen,



Klaus Kukuk, 1933 in Merseburg geboren und aufgewachsen, ist gelernter Rohrschlosser. Er studierte die tschechische Sprache und Literatur an der Philosophischen Fakultät der Prager Karlsuniversität. Ab 1968 war er im Außenministerium der DDR tätig. Zum Zeitpunkt der Intervention des Warschauer Vertrags arbeitete Klaus Kukuk in der DDR-Botschaft in Prag. Gerade ist von ihm als Herausgeber das Buch »Prag 68: Unbekannte Dokumente« in der edition ost erschienen.

Foto: Simone Uthleb

zen, waren die Prager Verbündeten 1968 nur verbal, de facto aber höchst zögerlich oder gar nicht bereit mitzuwirken. Im Gegenteil: Sie haben von Monat zu Monat oppositionellen und feindlichen Kräften das Feld überlassen, haben eine von den Massenmedien gesteuerte Massenhysterie und antisozialistische Polemik gegen die eigenen Verbündeten geduldet und durch manche Leute aus der Parteiführung sogar geschürt.

Als Markenzeichen des »Prager Frühling« wurde und wird unermüdlich die vorgebliche Einführung demokratischer Verhältnisse durch die Dubcek-Führung hervorgehoben. Zeitzeugen vor Ort konnten 1968 bis ins Frühjahr 1969 un-

Die Debatte ist ein Thema für Völkerrechtler, Historiker, Politologen und für Zeitzeugen, die die Ereignisse hautnah miterlebt haben. Ich zähle zu Letzteren.

begrenzte Meinungsfreiheit für alle jene erleben, die sich zu den »Progressiven« aller Couleur zählten, und zugleich einen gleichermaßen grenzenlosen Meinungsterror bis zum Rufmord in allen Medien gegenüber jenen beobachten, die als »Konservative« und »Dogmatiker« stigmatisiert und zum Teil physisch verfolgt, gehetzt und gejagt wurden. Juristische Beobachter hätten in dieser Zeit Tag für Tag in der Öffentlichkeit auf Äußerungen stoßen können, die Straftatbestände von Verleumdung über Nötigung bis zur Volksverhetzung erfüllt hätten. In dieser Atmosphäre hat kein Staatsanwalt gewagt, als Ankläger zu ermitteln, er lief Gefahr, selbst zum Gejagten zu werden.

In den Ballungszentren eskalierte in den Sommermonaten die Lage von Tag zu Tag. Die militanten Pressionen der »Straße«, die nach Bedarf und Anlass als »Volkswillen« in Gang gesetzt wurden, wahren nicht einmal den Anschein demokratischen Verhaltens. Der Begriff Rechtsstaatlichkeit gehörte bei den »Kämpfern für Demokratie und Freiheit« ganz und gar nicht zu ihrem Vokabular. Die Massenhysterie auf der Straße erfasste bei weitem nicht das ganze Land, war

aber in den Ballungszentren allgegenwärtig. Die konterrevolutionären Kräfte hatten beizeiten begonnen, sich vorzubereiten. Die organisatorischen Basen waren in der Illegalität geschaffen worden. Der »Klub 231« (K231) vereinigte im ganzen Land Kriminelle mit politischer Motivation, der »Klub der engagierten Parteilos« (KAN) sammelte Oppositionelle aller Couleur und die illegale Sozialdemokratie verfügte über landesweite Netze.

Die logistischen Strukturen für die Veränderung der Machtverhältnisse waren im Sommer bereits fertig. Der außerordentliche Parteitag der KPTsch, der – illegal einberufen – auf »legalem« Wege die kalte Machtübernahme gewährleisten sollte, war an konspirativem Ort organisatorisch vollständig vorbereitet. Die Koordinierung übte als sogenanntes Zweites Zentrum die Stadtleitung Prag der KPTsch aus. Das Zivilschutzsystem in Prag war für konspirative Zwecke aktiviert worden. Standorte für illegale Fernseh- und Rundfunksender waren vorbereitet und technisch sendebereit. Westliche »Berater« gaben sich seit Monaten in Prag die Klinke in die Hand. Der Umschlag des vorgeblich gewaltfreien Vorgehens der konterrevolutionären Kräfte in »spontane« Gewaltanwendung, also die Herbeiführung einer Bürgerkriegssituation, hatte seinen Platz im Kalkül der radikalen Opposition. Das war die Sachlage vor dem 21. August.

Die Ausübung des Machtmonopols des tschechoslowakischen Staates war das einzig geeignete Mittel, in dieser Situation die verfassungsmäßige Ordnung zu gewährleisten. Der desolate Zustand der tschechoslowakischen Führung machte gerade dies unmöglich. Darin liegt die persönliche Verantwortung des 1. Sekretärs des ZK der KPTsch, Alexander Dubcek, des Ministerpräsidenten Oldřich Cerník und des Parlamentspräsidenten Josef Smrkovský. Die internationalistische Hilfsaktion der sozialistischen Verbündeten war deshalb eine logische Konsequenz der entstandenen Lage, wenngleich eine schwere, folgenreiche, letztlich aber alternative Entscheidung. Und sie war ein Signal an den imperialistischen Gegner.

Prag '68: War die Intervention des Warschauer Paktes notwendig?

Die letzte Chance verpasst

Von Norbert Schepers

Aus meiner Sicht ist die Fragestellung absurd; sie verdient ein klares Nein. Die Frage nach der Notwendigkeit einer Intervention könnte auch so verstanden werden, dass die Rechtmäßigkeit derselben vorausgesetzt wird. Die Debatte über eine Notwendigkeit der Intervention des Warschauer Paktes in der CSSR ist also die Auseinandersetzung um die Rechtfertigung dieses militärischen Eingriffs.

Unabhängig von vielem, was vierzig Jahre später zu Recht oder zu Unrecht in den Prager Frühling hineinprojiziert werden mag: Die Intervention in Prag 1968 ist immer auch die militärische Niederschlagung einer sozialen Bewegung. Zum Charakter sozialer Bewegungen sei angemerkt, dass diese zwar eine zentrale politische Forderung als Konsens aufweisen, aber die in dieser Bewegung zusammenwirkenden Menschen und Gruppen keinesfalls zwangsläufig dieselbe gesellschaftliche Orientierung oder Weltanschauung haben. Auch in der Bewegung des Prager Frühlings gab es diesen weltanschaulichen Pluralismus. Die entsprechenden Vorstellungen reichten eben von einem veränderten, menschlicheren Sozialismus bis hin zu einer weit reichenden Annäherung an Modelle westlicher Demokratien.

Von Befürwortern einer Intervention wird häufig vorgebracht, wichtigen Akteuren in der CSSR wäre es letztlich um die Abschaffung des Sozialismus gegangen. Somit sei der »Prager Frühling« eine Bewegung der Konterrevolution bzw. der kapitalistischen Restauration gewesen. Demgegenüber ist einzuwenden, dass die für die Bewertung einer sozialen Bewegung entscheidende Frage nicht lautet, was die Motivation einzelner Akteure innerhalb dieser sozialen Bewegung ausmacht, sondern was deren gemeinsame Forderung, das geteilte Bewusstsein und die kollektive Praxis dieser Bewegung ist. Der Prager Frühling war eine Bewegung für ein Mehr an Demokratie, an Freiheit und an gesellschaftlicher Teilhabe. Sie richtete sich gegen die Bevormundung durch die autoritäre staatliche Macht und gegen Unterdrückung und materielle Benachteiligungen. Mag sie auch andere Ausdrucks- und Erscheinungsformen angenommen haben oder sich in konkreten Forderungen sowie Anlässen und Abläufen unterschieden haben, die Bewegung des Prager Frühlings entsprach in ihrem Kern der antiautoritären Revolte in Westeuropa und Amerika.

Vor diesem Hintergrund gilt damals wie heute: Wie könnte die Linke nicht auf der Seite solcher Emanzipationsbewegungen stehen? Wie könnten Linke sogar den Einsatz von Panzern gegen diese Bewegung rechtfertigen wollen? Militärische Interventionen wer-



Norbert Schepers, 1968 geboren, arbeitet als Politikwissenschaftler. Er ist bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung als Vorsitzender der Bremer Landesstiftung und als Sprecher des Stiftungsrates aktiv. In den 90er Jahren engagierte er sich in der radikalen und postautonomen Linken. Norbert Schepers ist Mitglied der Redaktion des im Mai 2008 neu erscheinenden Magazins »prager frühling«.

Foto: privat

den aus Sicht der Linken in der Regel nachdrücklich abgelehnt – so der mehrheitliche Tenor in der Partei DIE LINKE und auch in dieser Zeitung. Ausnahmen von dieser Orientierung dürften sich in der Regel auf die Niederschlagung »mörderischer Regime wie den deutschen Nationalsozialismus beziehen. Dieser Vergleichsmaßstab macht deutlich, wie der Maßstab für eine Rechtfertigung militärischen Eingreifens aus emanzipatorischer Perspektive liegt: Extrem hoch. Und schließlich ist die weltweite Allianz der Kräfte, die schließlich die faschistischen Staaten besiegte, nicht per politischer Grundsatzentscheidung am großen Tisch entstanden.

Der Prager Frühling war eine Bewegung für ein Mehr an Demokratie, an Freiheit und an gesellschaftlicher Teilhabe.

Dieses widersprüchliche Bündnis bildete sich in einem Prozess des Widerstands gegen die Aggression des Nationalsozialismus und seiner Verbündeten. Vor diesem Maßstab kann die militärische Aggression sozialistischer Staaten gegen eine Freiheitsbewegung innerhalb eines verbündeten Staates nur umso absurder und maßloser erscheinen. Warum also sollte die Prager Intervention gerechtfertigt gewesen sein? Sollten während des »Kalten Krieges« für die Linke tatsächlich andere Maßstäbe gelten, weil hier die Existenz des historischen Projektes des Sozialismus in einer globalen Konfrontation mit den kapitalistischen Staaten stand? Die Unterstellung einer politischen Notwendigkeit des militärischen Eingreifens des Warschauer Paktes läuft auf nichts anderes als eine Rechtfertigung nach dem Muster »der Zweck heiligt die Mittel« hinaus.

Die Sicht der Breschnew-Doktrin verdeutlicht den Charakter des Warschauer Bündnisses: Die Souveränität der sozialistischen Bruderstaaten stand unter dem Vorbehalt, dass diese den Sozialismus nicht in Frage stellten – die Definitionsmacht über die Systemtreue lag dabei offenbar in Moskau. Vor

diesem Hintergrund kann die Rechtfertigung der militärischen Unterdrückung des Prager Frühlings mit dem gelegentlich geäußerten – allerdings spekulativ bleibenden – Hinweis auf die angebliche Gefahr eines offenen Krieges in Europa bei einer Abkehr von dieser Doktrin nur noch als Zynismus bezeichnet werden. Der Kalte Krieg war eine weltweite Konfrontation zweier imperialistischer Mächte und ihrer Verbündeten, getrieben jeweils von einem ideologisch begründeten Expansionsdrang – diese Einschätzung war für eine undogmatische radikale Linke, die diesen Namen verdient, immer Konsens.

Kritisiert wurde aus dieser Position heraus folglich immer zuerst die Regierung des Staates und die Politik des Blocks, in dem man lebte – was nicht bedeutet, der jeweils anderen Seite mehr Sympathie entgegenzubringen oder deren Verbrechen aus dem Systemkonflikt heraus zu rechtfertigen. Ich sehe auch heute nicht, warum die Linke hier eine Politik nach dem Motto »der Feind meines Feindes ist mein Freund« betreiben sollte. Genau das aber vertritt noch heute ein Teil der Linken, sei es aus Ablehnung an die Konfliktmuster des kalten Krieges, sei es aus einem verkürzten und falsch verstandenen Antimperialismus.

Ein linker Antimperialismus muss auch heute auf der Seite sozialer Bewegungen für Freiheit und Gerechtigkeit stehen. Er darf sich nicht mit Staaten oder anderen Konfliktparteien allein deshalb solidarisch erklären, weil diese z. B. in Opposition zum »American Empire« stehen: Anderenfalls wäre jede emanzipatorische Perspektive aufgegeben zugunsten des Wunsches, auf der angeblich richtigen Seite innerhalb eines Konflikts zu stehen. In Prag wurde vor vierzig Jahren endgültig die letzte Chance der Staaten des Warschauer Paktes für einen freiheitlichen Sozialismus vergeben. Vierzig Jahre danach sollte der Zeitpunkt für einen neuen Konsens in der Linken gekommen sein: Das Scheitern der »realsozialistischen Staaten« von 1989 war letztlich eine notwendige Etappe, um das uneingelöste Projekt des Sozialismus und der menschlichen Emanzipation wieder voranbringen zu können.